

Gemeinsame Absichtserklärung (Letter of Intent - Lol) zur KVV-Verbundgebietserweiterung

durch die

Stadt Karlsruhe

Landkreis Karlsruhe

Stadt Baden-Baden

Landkreis Rastatt

Landkreis Germersheim

Landkreis Südliche Weinstraße

Stadt Landau

Stadt Pforzheim

Landkreis Enzkreis

Land Baden-Württemberg

PRÄAMBEL

Die Karlsruher Verkehrsverbund GmbH (KVV) wurde 1994 als Aufgabenträgerverbund gegründet und hat in den Folgejahren die Weiterentwicklung des ÖPNV insbesondere mit dem Karlsruher Modell maßgeblich mitgestaltet und geprägt. Derzeit sind die Stadt Karlsruhe, die Landkreise Karlsruhe, Rastatt, Germersheim und Südliche Weinstraße sowie die Städte Baden-Baden und Landau als Gesellschafter am KVV beteiligt. Die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben bisher einen Sitz im Aufsichtsrat des KVV.

Die Verkehrsverbund Pforzheim Enzkreis GmbH (VPE) wurde 1988 als Weiterentwicklung der 1986 gegründeten Verkehrsgemeinschaft Westlicher Enzkreis gegründet. Deren Hauptgesellschafter sind derzeit neben den Verkehrsunternehmen die Stadt Pforzheim und der Landkreis Enzkreis als Aufgabenträger für den ÖPNV.

Der regionale Ausbau und die Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots sowie die damit verbundenen Herausforderungen bei der Umsetzung der Verkehrswende und der Digitalisierung machen es erforderlich, die Verbundstrukturen neu zu ordnen und für die zukünftigen Entwicklungen neu auszurichten. Dabei soll auch eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung des Landes Baden-Württemberg als Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs vorgenommen werden.

Die Beteiligten haben mit diesem Lol die Absicht, den KVV als Aufgabenträgerverbund gemeinsam weiterzuentwickeln und in einem gemeinsamen Verbundgebiet die Verkehrsleistungen für deren Nutzer weiterhin attraktiv zu gestalten und auszubauen. Die Gesellschafterstruktur des KVV soll dementsprechend um die Stadt Pforzheim, den Enzkreis und das Land Baden-Württemberg erweitert werden. Dies soll grundsätzlich auf Basis des heutigen KVV-Standards erfolgen.

ZIELE DES VORHABENS

Das Ziel des Lol ist es, vor der detaillierten inhaltlichen Ausarbeitung des neuen Gesellschaftsvertrags eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für die Beteiligten zu schaffen, die eine grundlegende Richtungsweisung beinhaltet.

Die Beteiligten werden ihre Beteiligungsverhältnisse und die innere Organisation des KVV mit seiner Gremienstruktur gemeinsam zukunftsfähig gestalten. Der Gesellschaftsvertrag des KVV wird entsprechend überarbeitet und weiterentwickelt.

Dazu sollen die Gremien der bisherigen Aufgabenträger dahingehend befasst werden, dass sie einer KVV-Erweiterung um das VPE-Verbundgebiet und der Aufnahme des Landes Baden-Württemberg, der Stadt Pforzheim und des Enzkreises als Neugesellschafter grundsätzlich zustimmen und damit einhergehende Veränderungen der Gesellschafteranteile und Aufsichtsratssitze grundsätzlich zugelassen werden.

Ausgehend von den bisherigen Gesellschafteranteilen soll eine ähnliche Verteilung der neuen Gesellschafteranteile und Aufsichtsratssitze erfolgen. Die heutigen Anteile und Sitze sollen im Verhältnis möglichst gewahrt bleiben. Für bestimmte Aufsichtsratsentscheidungen wird eine qualifizierte Mehrheit vorgesehen.

Während dieses Gestaltungsprozesses werden die Beteiligten vertrauensvoll zusammenarbeiten, ihre Maßnahmen gegenseitig abstimmen und die Organisation wirtschaftlich tragfähig gestalten.

Die Beteiligten haben das gemeinsame Verständnis, dass den Angestellten des VPE infolge der Vorhabenumsetzung keine grundsätzlichen Nachteile entstehen sollen.

Im Hinblick auf den Beitritt und eine Integration in den KVV stimmen sich die Stadt Pforzheim und der Enzkreis mit dem KVV bei anstehenden Verkehrsverträgen über Vorgaben etwa im

Bereich Qualität, Umwelt oder Barrierefreiheit ab, um in einem dem Vorhaben angemessenen Zeitraum eine Gleichwertigkeit in diesen Punkten im Verbundgebiet zu erreichen.

Das Land Baden-Württemberg beabsichtigt, die Verbundgebietserweiterung zu fördern. Der KVV, der Enzkreis und die Stadt Pforzheim dokumentieren deshalb die Kosten des Beitrittsaufwands jeweils für sich selbst, um mögliche Fördermittel für die Zusammenführung nutzen zu können. Die Beteiligten stimmen die Förderanträge ab.

Die Gesellschafter wirken darauf hin, dass der VPE und der KVV nach Möglichkeit gegenseitig Vertreter in ihre Gremien einladen.

Die am Vorhaben Beteiligten entsenden auf Arbeitsebene Vertreter zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Umsetzung der vorgenannten Ziele und verpflichten sich zu einer vertrauensvollen und kooperativen Zusammenarbeit.

Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe
Dr. Frank Mentrup

Der Landrat des Landkreises Karlsruhe
Dr. Christoph Schnaudigel

Der Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden
Dietmar Späth

Der Landrat des Landkreises Rastatt
Prof. Dr. Christian Dusch

Der Landrat des Landkreises Germersheim
Dr. Fritz Brechtel

Der Landrat des Landkreises Südliche Weinstraße
Dietmar Seefeldt

Der Oberbürgermeister der Stadt Landau
Dr. Dominik Geißler

Der Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim
Peter Boch

Der Landrat des Landkreises Enzkreis
Bastian Rosenau

Für das Land Baden-Württemberg
Berthold Frieß

ENTWURF